

Annoncen-Durchs.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilschstr. 17)
bei C. H. Kirck & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Kirsland,
in Merseburg bei J. H. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster

Jahrgang.

Annoncen-Durchs.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei C. S. Danne & Co.,
Hanselstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Nr. 305.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Montag, 1. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaarte Petitzeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 29. April. Der Ober-Landesgerichts-Rath Meißner in Celle und Landgerichts-Präsident Schaper in Vögnitz sind in Folge ihrer Ernennung zum Reichsgerichts-Rath aus dem preussischen Justizdienst geschieden. Versetzt sind: der Amtsgerichts-Rath Freiherr von Dindlage in Lingen als Landgerichts-Rath an das Landgericht in Kassel, der Amtsrichter Büßendorf in Ober-Glogau an das Amtsgericht in Lauchstedt und der Amtsrichter Koller in Bräunow an das Amtsgericht in Bismark. Der Rechtsanwalt Szurminski zu Schildberg ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Posen mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schildberg ernannt worden. Die nachgeordnete Dienstentlassung ist erteilt: dem Amtsgerichts-Rath Dr. George in Breslau mit Pension, dem Notar, Justiz-Rath Nade in Vorken, dem Notar, Justiz-Rath Anor in Kulm und dem Notar von Trzaska in Ostrowo. In der Liste der Rechtsanwälte ist gezeichnet: der Rechtsanwalt Schröder bei dem Landgericht in Altona. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Gerichts-Assessor Dr. Seelig bei dem Landgericht in Königsberg i. Pr., der Gerichts-Assessor Mahlenhoff bei dem Landgericht in Köslin, der Gerichts-Assessor Dr. Cohn, der Gerichts-Assessor Fensch und der Gerichts-Assessor Michaelis bei dem Landgericht 1. in Berlin. Der Ober-Landesgerichts-Rath Kattow in Breslau, der Amtsgerichts-Rath Kröber in Beitz und der Amtsrichter Gadebusch in Braunsitz sind gestorben.

Dem Organisten Webe zu Magdeburg ist das Prädikat Musikdirektor beigelegt worden. An der Präparandenanstalt zu Massow ist der Zweite Lehrer Schrank zum Vorsteher und Ersten Lehrer befördert. An der Luiführung zu Posen ist die Mittelschullehrerin Werner dalebst als Lehrerin angestellt.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung.

Berlin, 29. April. Am Ministertische Bitter, v. Kameke, Lucius, Maybach, v. Puttkamer und Kommissarien.

In Bezug auf die Ueberprüfung von den Staats-Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1880-81 beantragt die Rechnungs-Kommission die nachträgliche Genehmigung einiger Staatsüberschreitungen und außerordentlichen Ausgaben, sonst die Decharge-erteilung vorbehaltlich der Rechnungslegung; ferner schlägt die Kommission folgende Resolution vor: Die Staatsregierung aufzufordern, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staates (Etatgesetz) dem Landtage zur verfassungsmäßigen Beschlussfassung vorzulegen.

Abg. v. Minnigerode: Das Bedürfnis eines solchen Gesetzes, schon mit Rücksicht auf die in Folge der Verstaatlichung resultierenden umfangreichen Rechnungen wird von uns keineswegs bestritten. Dagegen erscheint es uns bedenklich und mit Schwierigkeiten verknüpft, die Regierung schon für die nächste Session zu verurteilen. Deshalb könne er für den Kommissionsantrag nicht stimmen.

Abg. Birchow: Die Forderung eines solchen Gesetzes besteht seit Jahren; ich verstehe also das „schon“ nicht. Auch das Oberrechnungskammergesetz stieß auf Schwierigkeiten und doch wurde es durchgesetzt. Man hat früher darauf hingewiesen, daß dies Gesetz nicht gemacht werden könne, bevor nicht auch das Reich dieselbe Materie geregelt hätte. Beim Reich liegen die Verhältnisse aber günstiger als bei uns. Es giebt dort eine viel geringere Zahl von Spezialitäten, auch sind z. B. für die Veräußerung von Grundstücken schon die erforderlichen Bestimmungen eingeführt. Bei uns in Preußen stehen aber noch sehr viele Zweifel, die in jedem Jahre zu den unliebsamsten Erörterungen Anlaß geben. So z. B. über die Niederschlagung von Defekten ist man trotz langjähriger Diskussion noch nicht zu feststehenden Grundsätzen gekommen, trotzdem es doch sehr möglich ist, in jedem Falle zu prüfen, ob das Begnadigungsrecht des Königs mit Recht zur Anwendung gekommen ist. Besser ist es, darüber feste gesetzliche Maximen aufzustellen. Dies bewirkt das gewünschte Gesetz; ich bitte darum, den Kommissionsantrag zu acceptieren.

Minister Bitter: Diese Materie ist nicht seit langer Zeit, sondern erst 1874 zum ersten Male in Angriff genommen worden, auch ist sie keineswegs einfach, sondern sehr komplizierter Natur. Dies würde uns aber nicht abhalten, dem Wunsche des Hauses zu entsprechen, wenn nicht in nächsten Jahre, so doch in absehbarer Zeit, wenn wir nicht in dieser Frage in Uebereinstimmung mit dem Reiche und nach Verständigung mit demselben vorgehen müßten. Außerdem liegen sich etwaige Kontroversen auch ohne Gesetz ausgleichen; dahin gehört auch die Festsetzung der Scheidelinie zwischen dem Begnadigungsrechte der Krone und dem Rechte des Landtages. Das Begnadigungsrecht der Krone steht übrigens nach der Verfassung fest.

Der Abg. Birchow wünscht gerade das Begnadigungsrecht der Krone intact zu erhalten.

Abg. Kiechke: Es fragt sich nur, ob die Regierung ein Komptabilitätsgesetz überhaupt geben will. Da der Wunsch nach demselben seit vor dem Jahre 1874 laut geworden, so ist ihre Zögerung um so unbegreiflicher. Da aber die Vorlegung des Gesetzes in der nächsten Session wohl nicht möglich ist, so beantrage ich, den Kommissionsantrag dahin abzuändern, daß statt „in der nächsten Session“ „baldisch“ gesagt werde.

Minister Bitter: Von der Erklärung des Vorredners, betreffs des Begnadigungsrechts der Krone, nehme ich Akt. Ich konstatire, daß ich nicht gesagt habe, die preussische Regierung wolle ein solches Gesetz nicht, sondern sie wolle es nicht ohne Verständigung mit der Reichsregierung.

Abg. Birchow: Wir haben das Oberrechnungskammergesetz zu Stande gebracht, das Reich aber nicht. Konnten wir da nicht auch das Komptabilitätsgesetz ohne das Reich beschließen? Der jetzige Zustand, den ich als Vorsitzender der Rechnungs-Kommission am Besten kenne, ist unhaltbar. Einzelne Ressortchefs verweigern, die Praxis zu befolgen, welche von andern befolgt wird. Dies führt zu unliebsamen Streitigkeiten, welche durch das Gesetz beseitigt werden sollen.

Abg. v. Minnigerode: Ohne die wohlwollende Absicht des Abg. Kiechke zu verkennen, kann ich mich doch für seinen Antrag nicht erwärmen, weil derselbe zu unbestimmt gefaßt ist.

Der Antrag Kiechke wird von allen Parteien angenommen; gegen den so veränderten Kommissionsantrag stimmen nur die Konserverativen; derselbe wird angenommen.

Die Kommission beantragt ferner: Vorbehaltlich der Prüfung und Erinnerungen der Oberrechnungskammer die im Etatsjahre 1880/81 vorgekommenen Staatsüberschreitungen in Höhe von insgesamt 34,191,342,82 Mark und die nicht auf gesetzlichen Bestimmungen beruhenden außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 510,484,62 Mk. zu genehmigen.

Abg. Dirichlet beantragt die 5537 Mark Staatsüberschreitung beim Etat des Handelsministeriums, welche durch die Gewährung von Diäten und Reisekosten an die Mitglieder des Volkswirtschaftsraths entstanden, nicht nachträglich zu genehmigen.

Abg. Dirichlet: Mein Antrag bezweckt weiter nichts, als denjenigen Mitgliedern, welche von der Zweckmäßigkeit des Volkswirtschaftsraths nicht überzeugt sind, Gelegenheit zu geben, gegen die Ausgabe von Geldmitteln für eine derartige äußerst fragliche Institution zu stimmen. Unsere Auffassung über dieselbe ist durch die Ereignisse der letzten Wochen in seiner Weise modifiziert worden; obwohl er sich bezüglich des Monopols besser bewährt hat, als sein Ruf.

Unterstaatssekretär v. Möller: Von dem Urtheil über die Zweckmäßigkeit des Volkswirtschaftsraths kann nicht die Entscheidung der Frage abhängig gemacht werden, ob die Staatsüberschreitung zu genehmigen sei oder nicht. Das Recht der Krone, diesen Volkswirtschaftsrath zu freieren, ist nicht bestritten, ein Antrag auf Aufhebung der Verordnung nicht gestellt worden. Die königliche Verordnung, durch welche der Volkswirtschaftsrath berufen wurde, besteht also ganz unangefochten zu Recht und in Folge dessen meine ich, daß auch den Ausgaben, welche aus dieser Verordnung zu leisten waren, die nachträgliche Genehmigung des Hauses nicht versagt werden kann. Die Einsetzung der Summe war bei der Kreierung dieser Institution nicht möglich, denn damals lag der Etat für das nächste Jahr schon vor. Im nächsten Jahre stellte das Reich seinerseits eine Summe für einen Reichs-Volkswirtschaftsrath in den Etat, wodurch die preussische Institution überflüssig werden sollte. Daß diese Summe nicht angenommen wurde, war nicht vorauszusetzen. Jedenfalls waren, als die Sache im Reichstage zur Sprache kam, die Vorbereitungen für den preussischen Etat schon abgeschlossen, so daß die Summe in den Etat pro 1882/83 nicht eingestellt werden konnte. Für die Zukunft bestehen zwei Alternativen: entweder die Reichsregierung stellt eine Summe zu gleichem Zwecke in den Etat ein, dann würde der nächste preussische Etat von dieser Materie nichts enthalten, oder die Reichsregierung verzichtet auf ihren Plan, dann wird in den nächsten preussischen Etat die entsprechende Summe eingestellt werden.

Abg. Windthorst: Wir stehen hier vor einer sehr ernsten Frage. Für meine Person bin ich entschieden gegen diese neue Einrichtung, die keinen Nutzen schaffen und nur die Kompetenzverhältnisse verwirren wird. Wenn es sich hier darum handelte, eine Verwilligung dafür in Anspruch zu nehmen, so würde ich kategorisch „nein“ sagen. Diese Verwilligung wird aber nicht gefordert, sondern wir haben zu beurtheilen, ob die Zahlungen nachträglich genehmigt werden sollen oder nicht. Die Regierung hat geglaubt, sie unter diesem allgemeinen Rubrum machen zu können. Sie hätte allerdings wohlgethan diese Ausgabe nicht zu machen, denn sie wußte sehr gut, daß über die Frage außerordentliches Zweifeln im Hause herrschte. Indessen muß ich anerkennen, daß bei der allgemeinen Rubricirung die formelle Frage zweifelhaft ist, und darum werde ich für den Antrag der Kommission stimmen. Aber die Argumentation des Herrn Kommissars kann ich nun und nimmer acceptiren, daß weil die königliche Verordnung zu Recht besteht, die Ausgaben auch bezahlt werden müssen. Die Verordnung ist von uns nicht beanstandet worden und kann nicht beanstandet werden, so lange dieselbe den Charakter behält, daß sich die Regierung irgend welche Leute zur Information herbeizieht. Sie konnte dies auch ebenso gut durch Spezialreskript thun. Sobald aber Geldmittel dafür nothwendig werden, beginnt unser Recht, und dann haben wir zu sagen, ob wir sie geben wollen oder nicht.

Unterstaatssekretär v. Möller: Es war hier ausdrücklich gesagt worden, daß der Volkswirtschaftsrath Geld kosten würde. Nichts würde sogar von dem Fonds für Diäten und Reisekosten, um dem sie bestritten werden könnten, gesprochen, ohne daß dem widersprochen wurde. Deshalb fand die Regierung die Leistung von Abgaben für den Volkswirtschaftsrath nicht bedenklich.

Abg. v. Minnigerode: Wir haben uns auf den Standpunkt der formellen Rechnungslegung zu stellen. Danach steht fest, daß aus diesem Fonds Diäten und Reisekosten für Sachverständige u. s. w. bezahlt werden. Da auch der Volkswirtschaftsrath aus solchen Sachverständigen besteht, so war das Vorgehen der Regierung durchaus loyal.

Abg. Büchtemann: Wir auf dieser Seite haben mit aller Energie gegen die Einführung des Volkswirtschaftsraths geredet. Daraus folgt, daß wir auch gegen die Konsequenz, Geldbewilligung waren. Unser Schweigen bedeutete keine Bewilligung. Der preussische Volkswirtschaftsrath hat sich aber in der letzten Zeit nur mit solchen Gesetzen beschäftigt, die zur Kompetenz des Reiches gehören. Mit welchem Recht sollten wir in Preußen Ausgaben für eine Institution machen, welche lediglich im Interesse des Reiches liegt.

Minister Bitter: Die letzte Behauptung muß ich entschieden bestritten. Der Volkswirtschaftsrath hat die Aufgabe, technische und allgemeine Gesichtspunkte für die preussische Regierung klarzustellen und für sie ein Gutachten abzugeben. Die preussische Regierung glaubt solcher Gutachten zu bedürfen, um ermessen zu können, in welcher Weise sie ihr Votum für das Reich abzugeben hat.

Abg. Kiechke: Es ist kein Zweifel, daß es sich hier um eine organische preussische Einrichtung handelt. Die Regierung wußte, daß dieselbe Geld kosten würde, sie hätte also einen Posten in den Etat einstellen sollen. Dies ist nicht geschehen. Die Sache würde überhaupt nicht zur Kenntniß gekommen sein, wenn nicht eigenthümlicher Weise bei diesem Titel eine Staatsüberschreitung vorgekommen wäre. Zu diesen Ausgaben ist der Titel gar nicht da, denn es handelt sich nicht um Sachverständige, sondern um eine organische Einrichtung. Da die Kommission der Ansicht war, daß die Regierung bona fide gehandelt habe, und da sich im Kommissionsbericht die Bemerkung fand, daß die Regierung diese Summe künftig in den Etat einstellen wolle, so daß das Haus in die Lage kommen würde zu votiren, ob sie den Rath haben wolle oder nicht, so hatte ich die Pflicht, für die Kommission zu stimmen. Jetzt werde ich es nicht thun, weil ich nicht anerkenne, daß dieser Titel für diese Kosten da ist, und weil ich glaube, daß die Regierung ohne Rücksicht auf das Reich die Summe in den Etat einstellen mußte. Wurde der preussische Volkswirtschaftsrath durch den Beschluß des Reiches überflüssig, so konnte die Summe geparkt werden. Hat man denn allen Mitgliedern des Raths Diäten gegeben? Keines-

wegs, nur denjenigen, welche die Regierung einberufen hat. (Beifall links.)

Unterstaatssekretär v. Möller: Gegen diesen Vorwurf muß ich auf das Allerentschiedenste Verwahrung einlegen. Die gemachten Unterschiede gründen sich auf § 13 der königl. Verordnung, welcher bestimmt, die aus den Präsentationswahlen hervorgegangenen Mitglieder erhalten weder Reisekosten noch Diäten. Die bona fides der Regierung hat wohl der Vorredner nicht in Zweifel ziehen wollen.

Abg. v. Bennigsen: Ich habe meiner Auffassung über diese Sache bei Gelegenheit der Debatte im Reichstage sehr deutlich Ausdruck gegeben. Inzwischen hat sich nun herausgestellt, daß auch die Regierung den Gutachten dieser Institution keinen entscheidenden Werth beilegt; ich erinnere an das Tabakmonopol. Der Minister ist davon ausgegangen, in den nächsten Etat eine Forderung einzustellen. Sollte nun diese Forderung abgelehnt werden und die Regierung trotzdem diese Summe aus diesem Fonds entnehmen, so würde allerdings die bona fides, welche die Kommission bei der Regierung angenommen hat, nach den eignen Erklärungen des Finanzministers dann nicht mehr am Platze sein. Dieser Volkswirtschaftsrath ist nicht zu vergleichen mit Enquetekommissionen oder mit Sachverständigen im Handelsministerium, wie sie in früheren Jahren nach Berlin berufen wurden. Indessen ist nicht zu verkennen, daß damals Verhandlungen zwischen der preussischen und der Reichsregierung schwanden und der Posten nicht in den Etat gestellt werden konnte. Die Regierung hat also bona fide gehandelt. Ich bitte den Antrag der Kommission anzunehmen.

Abg. Windthorst: Wenn wir den Antrag Dirichlet annehmen, so würden wir in einen Konflikt kommen, den wir doch, da die Sache keineswegs so klar liegt, vermeiden müßten.

Der Antrag Dirichlet wird abgelehnt, der Antrag der Kommission wird angenommen; für den ersteren stimmen Fortschritt, Sezession und einige Mitglieder des Zentrums.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Einsetzung von Bezirks-Eisenbahnräthen und eines Landeseisenbahnrates für die Staats-Eisenbahnverwaltung.

Abg. Windthorst: Alles was hier an Garantien in Bezug auf die Verwaltung und die Finanzen versucht wird, ist nicht viel werth, es wäre durchaus nicht bedauerlich, wenn Alles abgelehnt und die Verantwortung ganz und gar der Regierung, speziell dem Minister der öffentlichen Arbeiten überlassen würde. Der Minister möchte uns dann weit mehr persönlich entgegenreten, während er jetzt in diesen Dekorationen ein vorzügliches Schutzmittel findet. Auch die Komposition des Eisenbahnrates ist eine solche, daß mir die Institution kein Vertrauen einflößt. Die Herren, die dort entscheidend sein werden, sind diejenigen, welche vom Minister hingeschickt werden. Die anderen Mitglieder werden zum guten Theil aus den Kreisen der Großindustriellen kommen und ich habe bezüglich der öffentlichen Verhältnisse absolut kein Vertrauen zu den Geheimen Kommerzienräthen. Sie lassen sich viel zu sehr von ihren Interessen beeinflussen. Daneben ist die Kompetenz dieser Institutionen sehr schwankend. Ihr Werth ist ein geringer, sie sind nichts als eine Barriere, die der Minister mit einer leichtgeheizen Lokomotive einrennen kann. Weiter sind aber auch die Bestimmungen über die Tarife bedenklich. Es wird eine weitere Entwicklung dieser Angelegenheit angekreht werden können und zwar in der Weise, daß wir einen erheblichen Einfluß auf das Tarifwesen uns verschaffen. Zu diesem Zwecke hat der Abg. Büchtemann den Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Kommission gestellt. Es würde das ein Akt Intelligenzbureau für Eisenbahnangelegenheiten sein. Ich wäre mit diesem Vorschlage einverstanden, soweit es wünschenswerth sein muß, unter uns instruirte Leute zu haben. Aber die Mittel für diese Tendenz scheinen mir nicht zureichend und nicht im Einklang mit unseren Verfassungsbestimmungen zu sein. Die Hauptschwäche des Antrags lag jedoch darin, daß die Mitglieder jener Kommission nichts sollten zu sagen haben. Dann ist aber das Orientiren eine mißliche Sache, zu der sich nicht bald jemand finden dürfte. Es müßten von uns in den Landeseisenbahnrat selbst Mitglieder geschickt werden, wie die Regierung auch beantragt hat, aber vom Abg. Büchtemann selbst in einer Weise verworfen wurde. Wir hätten dann unsere Kommissare, ohne welche der Minister keine Aenderung im Tarifwesen vornehmen dürfte. Solche Kommissare haben sich seiner Zeit in Hannover vortrefflich bewährt. Aber wir sind nun einmal in der Tendenz, lauter neue Räder zu schaffen. Ich freue mich, daß der Abg. Kieber den Antrag auf Entsendung von Landtagsmitgliedern in den Eisenbahnrat erneuert hat und bitte denselben anzunehmen. Es liegt darin gar nichts von Unerbietung, da wir damit nichts anderes wollen, als was der Minister auch gewollt hat.

Abg. Büchtemann: Mit einem großen Theil der Ausführungen des Abg. Windthorst bin ich einverstanden, aber nicht mit dem Vorschlage, in den Landeseisenbahnrat parlamentarische Mitglieder zu senden. Auch ich halte diese Institution nicht für ein genügendes Schutzmittel gegen die Uebermacht des Ministers. Wir sind aber nach wie vor der Ansicht, daß die Befragung von Interessenten nützlich sein wird. Die Befragung des Eisenbahnrates löst uns allerdings kein Vertrauen ein. Wir wollen unseren Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Kommission jetzt nicht erneuern, weil er keine Aussicht auf Annahme hat, und wollen eine günstigere Gelegenheit, vielleicht auch eine andere Zusammensetzung des Hauses abwarten, um wirksamere Garantien zu schaffen. Möge doch einmal das Exzeriment gemacht werden, wie es die Majorität haben will. Nachdem sich dasselbe nicht wird bewährt haben, wird sich auch die Regierung für unseren Vorschlag eher finden. Die Mitglieder dieses Hauses hätten im Eisenbahnrat lediglich die Stellung von Interessenten, sie wären nur ein Bruchtheil des Kollegiums und wären außer Stande, allgemeine Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Und da es der Stellung der Mitglieder dieses Hauses nicht entsprechen würde, wenn sie ihr Votum unter Interessenten abgeben müßten, so wollten wir die Einsetzung einer eigenen parlamentarischen Kommission. Wir wollen ferner die Landesvertretung nicht direkt in die Schwierigkeiten der Verwaltung einführen, weshalb wir nicht für erweiterte Befugnisse der von uns vorgeschlagenen Kommission eintreten. Mit dem Antrage Kieber können wir uns nicht befriedigen, und begnügen uns mit der Zusammensetzung des Eisenbahnrates, wie sie der § 10 vorsieht.

Darauf wird die Generaldiskussion geschlossen. Zur Spezialdiskussion liegen mehrere Anträge vor, welche die Beschlüsse weiterer Sitzung redaktionell besser fassen sollen. In Folge eines solchen Antrages wird § 2 dahin geändert, daß bei jeder Direktion ein

Bezirkeisenbahnrathe gebildet werden soll; auf Anordnung der Minister für öffentliche Arbeiten, für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft kann für mehrere Direktionen ein gemeinsamer Bezirkeisenbahnrathe eingerichtet werden.

Nach § 3 sollten die Bezirkeisenbahnrathe aus den von den Handelskammern, kaufmännischen Korporationen, landwirtschaftlichen Vereinen und freien wirtschaftlichen Vereinigungen entnommenen, auf drei Jahre gewählten Mitgliedern bestehen.

Ein Antrag des Abg. S a m m a c h e r will für den Fall der Behinderung Stellvertreter zulassen, die mit dem Hauptvertreter gleichfalls auf drei Jahre zu wählen sind.

Abg. Dr. W e h r dagegen will nicht ständige Stellvertreter, sondern Stellvertreter für jeden Fall der Behinderung schaffen. Das Haus genehmigt den Antrag des Abg. S a m m a c h e r, sowie einige redaktionelle Verbesserungen, der Antrag Wehrs wird abgelehnt.

Eine Debatte knüpft sich erst wieder an den § 10 an, welcher vom Landeseisenbahnrathe handelt. Nach den Beschlüssen zweiter Lesung sollte derselbe bestehen aus dem vom Könige auf drei Jahre ernannten Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, aus den Kommissarien der drei beteiligten Minister und aus den von den Bezirkeisenbahnräthen zu delegierenden Mitgliedern.

Abg. Dr. L i e b e r beantragt die Regierungsvorlage wiederherzustellen, nach welcher auch Mitglieder des Landtages (je drei aus jedem Hause) in den Landeseisenbahnrathe eintreten sollen.

Abg. L i e b e r: Eine Vertretung der parlamentarischen Körper in dem Landeseisenbahnrathe ist schon früher von den Abgg. v. H ü n e, v. W e d e l l - M a l c h o w und N o d e r s t a d t gewünscht worden. Es wurde hervorgehoben, daß eine solche Vertretung eine bessere, lebendigere Information über die Veränderungen im Tarifwesen und die Vertretung höherer, allgemeiner Gesichtspunkte gegenüber einer überwuchernden Interessenspolitik möglich mache. Nicht minder wurde die Anwesenheit parlamentarischer Kräfte in dem Landeseisenbahnrathe als wünschenswerth anerkannt. Von denselben Anschauungen bin ich bei der Wiederaufnahme des § 10 der Regierungsvorlage ausgegangen. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Abg. W e h r: Wohl nur der Noth gehorchend, hat die Regierung dies Gesetz eingebracht, das besser unterblieben wäre. Stimmen wir trotzdem demselben zu, so geschieht das, weil es durch die Beschlüsse der zweiten Lesung möglichst unschädlich gemacht ist. Gegen den Antrag L i e b e r sind wir, weil wir hindern wollen, daß die Exekutive durch die Landesvertretung kontrolliert wird, was wider den Geist unserer Verfassung freit.

Abg. R i e d e l b e r bittet es bei dem Kommissionsbeschlusse zu lassen, da alles, was zu Gunsten einer Vertretung der parlamentarischen Körper in den Landeseisenbahnrathe gesprochen, illusorisch ist.

Abg. W i n d t h o r s t ist erstaunt, daß diese Gelegenheit zu einer Kontrolle der Verwaltung, welche die Regierung selbst darbietet, vom Hause so leicht dahingegen wird. Zu erklären ist das nur daraus, daß die Herren aus Preußen viel bürokratischer sind als die Vertreter der neuen Provinzen. Eine Vertretung des Landtages im Landeseisenbahnrathe soll gegen den Geist der Verfassung sein, aber die Regierung selbst trägt nicht Bedenken, dieser Forderung zuzustimmen. Ueberall bei der Verwaltung finden sich Institutionen ähnlicher Art. Gerade in der Eisenbahnverwaltung ist es von äußerster Wichtigkeit Männer an so gewichtiger Stelle zu haben, die mehr vom unparteiischen Standpunkte den Fragen gegenüberstehen.

Der Antrag L i e b e r wird hierauf abgelehnt. Für denselben stimmte das Centrum und von den Nationalliberalen Götting, Lauenstein.

§ 21 lautet: „Unbeschadet der dem Reiche verfassungsmäßig zustehenden Einwirkung auf das Eisenbahntarifwesen können Erhöhungen der für die einzelnen Klassen des Gütertariffes zum Zeit der Publikation dieses Gesetzes bestehenden Normal- (Maximal-) Transportgebühren, soweit sie nicht zum Zwecke der Herstellung der Gleichmäßigkeit der Tarife oder in Folge von Veränderungen des Tarifschemas vorgenommen werden, nur durch Gesetz erfolgen.“

Hierzu beantragt 1) Abg. Dr. S a m m a c h e r statt der Worte „zur Zeit der Publikation dieses Gesetzes“ zu sagen: „jeweilig“; 2) Abg. B ü c h t e m a n n die Worte „oder infolge von Veränderungen des Tarifschemas zu streichen.“

Abg. v. W e d e l l - M a l c h o w wünscht, daß die Tarifermäßigung nicht im Wege der Differential- und Ausnahmestafeln, sondern im Wege der Normaltarife vorgenommen werde. Gegen den Antrag S a m m a c h e r hat er das schon bei Gelegenheit der zweiten Lesung geäußerte Bedenken, daß dasselbe die Regierung von Tarifermäßigungen abhalten wird.

Abg. S t e f f e n s tritt für den Antrag B ü c h t e m a n n ein. Die Äußerungen des Regierungskommissars in der zweiten Lesung haben Bedenken von der Nothwendigkeit desselben überzeugen müssen.

Regierungskommissar F i e d e r l a n d erklärt, daß die Regierung gegen den Antrag S a m m a c h e r kein Bedenken habe, dagegen sei der Antrag B ü c h t e m a n n für sie unannehmbar.

Abg. S a m m a c h e r erklärt sich gegen den Antrag B ü c h t e m a n n, nicht aus materiellen Gründen, sondern weil die Regierung denselben für unannehmbar erklärt hat und sein Werth nicht von der Art ist, daß er darum das ganze Gesetz preisgeben könne. Abg. v. W e d e l l - M a l c h o w gebe mit seinen Bedenken weiter als die Regierung, die gegen die durch seinen Antrag geforderte Einschränkung nichts einzuwenden hat.

Abg. v. S y n n e r n steht dieser Frage gegenüber auf dem Standpunkte, den der Abg. Richter in seiner Rede vom 24. April 1882 präpariert hat, und bittet die Fortschrittspartei sich nach den Anschauungen des Abg. Richter, nicht des Abg. B ü c h t e m a n n, in dieser Frage zu richten.

Hierauf wird der Antrag S a m m a c h e r angenommen, der des Abg. B ü c h t e m a n n dagegen abgelehnt. Die übrigen Paragraphen werden ohne Debatte erledigt und schließlich das Gesetz im Ganzen genehmigt.

Obne Debatte genehmigt das Haus die Gesekentwürfe betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsetat betreffend die Eisenbahn-Verwaltung und betreffend den Erwerb des Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Unternehmens für den Staat.

Es folgt die zweite Beratung des Gesekentwurfs betreffend die Erhebung einer Hundesteuer.

Es liegen zahlreiche Änderungsanträge vor, welche das ganze System des Gesetzes ändern wollen; der § 1 wird davon nicht berührt.

§ 1 lautet nach der Vorlage: „Vom 1. April 1883 ab wird auf das Halten von Hunden eine Steuer eingeführt, welche von jedem Besitzer eines über drei Monate alten Hundes zu entrichten ist.“

Auch juristische Personen, Aktiengesellschaften u. s. sind zur Entrichtung dieser Steuer verpflichtet. Forenien werden in dem Steuerbezirke herangezogen, in welchem sie Hunde halten.“

Mit diesem § 1 zusammen wird folgender präjudizieller Antrag des Abg. Z e l l e behandelt: An die Stelle der §§ 1 bis 13 des Entwurfs Folgendes zu setzen: „Soweit den Städten nach den bestehenden Gesetzen die Befugnis zusteht, den Betrag der in denselben für ihre Rechnung zu erhebenden Hundesteuer festzusetzen, wird der zulässige Höchstbetrag der Steuer auf zwanzig Mark bestimmt.“

Abg. v. N i s s e l m a n n: Diese Steuer ist nur Mittel zum Zwecke. Es wird allgemein über die übermäßige Vermehrung der Hunde auf dem platten Lande geklagt, die Tollwuth hat in bedenklichem Maße um sich gegriffen, die Belästigung des Publikums ist geradezu unerträglich geworden. Um nun die Zahl der Hunde einzuschränken, giebt es kein besseres Mittel, als diese Steuer einzuführen, und zwar muß sie ohne Unterschied irgend welcher Kategorie eingeführt werden. Es ist zu hoffen, daß auch die Fortschrittspartei für das Gesetz stimmen werde, da der Abg. Bachum im vorigen Jahre sich im Wesentlichen auf unseren Standpunkt gestellt hat. Die Steuer mag in den Städten höher normirt werden, denn es kann zugegeben werden,

daß in den Städten die Tollwuth größer ist, als auf dem Lande (Weiterkeit), ich meine natürlich nur bei den Hunden. (Weiterkeit.) Ich bitte das Gesetz anzunehmen, insbesondere mit der Bestimmung, daß es für alle Hunde ohne Unterschied von Kategorien Geltung haben solle. (Beifall rechts.)

Abg. Z e l l e: Mein Antrag bekämpft das vorliegende Gesetz im Prinzip und entspricht durchaus der Stellung, die der Abg. Bachum zu der Frage genommen hat. Es soll allen Gemeinden die volle Freiheit darin gelassen werden, ob sie diese Steuer einführen wollen; nur das höchste Maß derselben mag festgesetzt werden. Die Regierung hat sich diesen Wünschen im vorigen Jahre geneigt gezeigt. Aber der jetzige Entwurf geht bedeutend weiter. Er schafft etwas ganz Neues, nämlich eine obligatorische Kommunalsteuer. Wird im Lande eine solche Neuerung gewünscht? Die Motive selbst verneinen einen solchen Wunsch. Nach diesen haben die Landgemeinden von der Hundesteuer bisher nur selten Gebrauch gemacht, daraus läßt sich wohl auch schließen, daß der Wunsch darnach nicht vorhanden ist. Es ist aber die Frage, ob dieses legislatorische Vorgehen nicht von prinzipiellen Bedenken begleitet sein wird? Es bringt einen vollständigen Bruch in das Recht der Gemeinden, die Kommunalsteuer sich selbst aufzuerlegen, welches sowohl in der Städteordnung als auch in der Landgemeinden-Ordnung der westlichen Provinzen enthalten ist. In sanitätspolizeilicher Hinsicht haben wir bereits eine Reihe von Polizei-Verordnungen. Haben diese nicht ihren Zweck erfüllt? (Nein! rechts.) Ich glaube doch. Die Hundesteuer hat einen wesentlichen Einfluß auf die Zahl der Hunde selbst. Denn ein Hund, der etwas auf sich hielt (Weiterkeit) hat sich nicht so ohne Weiteres an der Leine führen lassen. Es haben deshalb viele Hundebesitzer ihre Hunde abgesetzt. Nach der amtlichen Statistik sind seit 1876 die Todesfälle von Menschen in Folge von Wasserhunden von 31 auf 13 gesunken — ein Beweis, daß die Sicherheit im Jüchmen begriffen ist. Uebrigens ist der Nutzen, den die kleinen Gemeinden von der Steuer haben werden, in keinem Verhältnis zu den Verationen, die damit verbunden sind. Es handelt sich da um eine förmliche standesamtliche Anmeldung der Hunde. Diese Materie ist überhaupt sehr schwierig zu verhandeln, da die Meinungsverschiedenheiten darüber sehr groß sind. Otkroyten wir dem Lande nicht, was es nicht haben will; wenn das Gesetz überhaupt eine Berechtigung hat, so ist es in den Städten der Fall, wo viele Lusthunde zu finden sind. (Beifall links.)

Regierungskommissar v. d. B r i n d e n: Die Regierung betrachtet diese Vorlage nur als ein Glied in der Kette der Maßnahmen zum Schutze des Publikums. Der sicherheitspolizeiliche Erfolg der hohen Steuer in den Städten war bisher nur gering. Die prinzipiellen Bedenken richten sich weniger gegen die Regierungsvorlage, als gegen die Amendements. Ich bitte den Antrag Z e l l e abzulehnen.

Abg. v. B e n d a: Zu meinem Bedauern muß ich konstatieren, daß man in den ländlichen Gemeinden keine Sympathien für die Hundesteuer hegt. Gleichwohl bin ich mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit für das Gesetz. Uebrigens ist es ein Irrthum, wenn man glaubt, daß die Hundesteuer die Zahl der Hunde auf dem Lande verringern werde, da in den ländlichen Ortschaften die notwendigen Hunde die Mehrzahl bilden. Aber die Vorlage hat ein Gutes: sie schafft Ordnung in diese Hundewirtschaft (Weiterkeit), welche bisher vielfach ungeordnet war. Die gestifteten Verationen werden nicht bedeutend sein.

Abg. W i n d t h o r s t: Ich stehe auf dem Standpunkte des Abg. Z e l l e und bin für meine Person gegen das Gesetz, weil die zwangsweise obligatorische Besteuerung der Hunde nicht am Plage ist und man es den Gemeinden wohl überlassen kann, welche Bestimmungen sie in dieser Beziehung treffen wollen. Gleich die Staatspolizei herbeizurufen, halte ich nicht für angemessen. Verationen werden doch in großem Maße vorkommen. Ich kann nur bezuggen, daß in vielen Kreisen wegen dieser Frage eine sehr große Aufregung herrscht. Und das ist begreiflich, weil der Hund im Leben des Volkes eine große Bedeutung hat, ja er hat geradezu eine soziale Bedeutung. (Sehr richtig! links. Ob! rechts.) In den Familien, namentlich der kleinen Leute herrscht allgemein das Bestreben, in den Besitz eines Hundes zu kommen. Der Hund ist hier der Gespieler der Kinder, die Wache, ja das einzige Objekt, über welches der kleine Mann etwas zu sagen hat. (Weiterkeit.) Wenn er sonst immer das Beneizium des Gehorchens hat, so lassen Sie ihm hier das Vergnügen, auch einmal Herr sein zu können. Welche Bedeutung hat der Hund für den Jäger — ich selbst bin, so lange ich leben konnte, ein eifriger Jäger gewesen (Weiterkeit) — und für Alle, die einsam in der Welt sind! (Weiterkeit.) Wer die soziale Bedeutung des Hundes hübsch dargestellt sehen will, der mag es in den Rießischen Schriften nachsehen. Kurz — Hoch und Niedrig hat ein Interesse an der Frage, vom kleinen Spitz bis zum Reichshund. (Weiterkeit.) In sanitätspolizeilicher Hinsicht haben wir genügende Sicherheit und wo das nicht der Fall sein sollte, werden wohl die Gemeinden selbst die nöthigen Maßregeln zu treffen wissen. Ich werde gegen das Gesetz stimmen und mag es noch so sehr amendirt werden. Es möge sich Jeder überlegen, ob er in dieses soziale Netz eingreifen Lust hat; ich habe sie nicht. (Beifall.)

Abg. v. T e p p e r - L a s k i: Meine Freunde werden für die Vorlage in der Form stimmen, die ihr die Anträge Nisselmann und von Holz geben wollen. Wir wollen, daß die Hundesteuer als obligatorische Steuer eingeführt, nach gleichen Grundätzen veranlagt und daß keine Kategorie von Hunden ausgenommen wird. Wer seinen Hund so liebt, wie Herr Windthorst schildert, der wird auch die kleine Steuer für ihn bezahlen. Die Steuer trifft nur die, die sich nicht um ihre Hunde kümmern und sie zur Belästigung ihrer Nebenmenschen fern in Feld und Wald umherlaufen lassen. Wenn diesen Leuten der Steuerbefreiung die Duntung präsentiert, werden sie ihm wohl meist statt der Steuer den Hund selbst offeriren.

Abg. G ö t t i n g: Wir Alle sind darüber einverstanden, daß dem Ueberhandnehmen der Hunde im Interesse der öffentlichen Ordnung, namentlich aber aus sanitätspolizeilichen Gründen, gesteuert werden soll; es fragt sich also nur, ob das uns vorgeschlagene Mittel zur Erreichung dieses Zweckes geeignet ist. Bei aller Anerkennung für das theoretische Bedenken des Kollegen Zelle, daß die Form sich nicht mit dem Zwecke deckt, erblicke ich doch in der obligatorischen Steuer das einzige wirksame Mittel, dem Ueberhandnehmen der Hunde entgegenzuwirken. Herr Zelle weiß selbst kein anderes anzugeben, und will ja für die Städte dieses Mittel sogar verschärfte zur Anwendung bringen. Nur wer auf dem Lande lebt, kennt die große Belästigung, die das Ueberhandnehmen der Hunde mit sich bringt. Jeder Mann, der selbst kaum zu essen hat, hält sich seinen widerwärtigen Spitz. Vergessen Sie auch nicht den Verlust an Nahrungsmitteln, den das Galteln der Hunde für die ärmere Bevölkerung mit sich bringt; stimmen Sie für die obligatorische Steuer. (Beifall.)

Nachdem der Abg. Hansen mit einigen Bemerkungen sich den Ausführungen des Vorredners angeschlossen hat, wird der Antrag Zelle abgelehnt. Für denselben stimmten die Fortschrittspartei, die Sezessionsisten, einige Nationalliberale und ein großer Theil des Centrums. Hierauf wird § 1 nach dem Vorschlage der Kommission genehmigt.

Auf Anregung des Präsidenten verlegt sich das Haus um 4½ Uhr auf Montag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung und 1. Lesung der Kanalvorlage.)

Vocales und Provinzielles.

Posen, 1. Mai.

— [Neues Telegraphenamt.] Am 1. Mai ist in dem Grenzorte Boguslaw, Kreises Pleschen, eine mit der Postagentur vereinigte Reichs-Telegraphenbetriebsstelle (mit beschränktem Tagesdienst) in Wirksamkeit getreten.

5. **Versammlung im Handelskaale.** Die Herren Oberbürgermeister K o l l e i s, Justizrath M ü s s e l, Stadtrath A n n u s, Kommerzienrath S a m. J a f f é, Pastor S c h ö n b o r n, Stadtrath R a a g, Justizrath O r g l e r, Bürgermeister H e r s e, Appellationsgerichtsrath v. C r o u s a z, Direktor G u t t m a n n, Medizinalrath H e f f e l d, Regierungsrath K ü g l e r, Chefredakteur B a u e r, Geh. Kommerzienrath B. J a f f é, Stadtrath A n d e r s c h und General-Landschaftsdirektor S t a u d n haben in der Angelegenheit, betreffend die Unterstützung der verfolgten Israeliten in Russland für unsere Stadt die Initiative ergriffen und hatten zum 29. v. Mts. eine Versammlung anwesender Männer aus unserer Stadt nach dem Handelskaale behufs Beschlusfassung über die zu unternehmenden Schritte berufen. Die aus ungefähr 200 Personen bestehende Versammlung wurde um 19 Uhr von Herrn Oberbürgermeister K o l l e i s eröffnet, welcher demnachst durch Affikation zum Vorsitzenden gewählt wurde. Als Beisitzer berief derselbe mit Zustimmung der Versammlung die Herren Kommerzienrath S a m. J a f f é und Sekretär F o n t a n e. Es wurde dann in die Verhandlungen eingetreten und erhielt zunächst das Wort Herr A. d. K a n t o r o w i c z, welcher die Berufung der Versammlung zu dem angegebenen Zweck motivierte und eine kurze Schilderung der in jüngster Zeit gegen die jüdische Bevölkerung in Russland verübten Schandthaten gab. Redner hob hervor, daß hier nationale oder konfessionelle Rücksichten nicht in Frage kommen könnten, daß vielmehr jeder fühlende Mensch, gleichviel welchen Glaubens und welcher Nationalität, sich im Inneren bewegt fühlen müsse von den namenlosen Leiden, denen die unglücklichen Israeliten in Russland ausgesetzt seien. Was nun die zu treffenden Maßnahmen anlangt, so habe er sich brieflich an Herrn Dr. L a s k e r gewandt und von diesem Auskunft über die in Berlin geschehenen Schritte erhalten. Redner brachte das betreffende Antwortschreiben zur Verlesung und stellte schließlich folgenden Antrag: Die Anwesenden ersuchen diejenigen Herren, welche die Einladung zu der heutigen Versammlung erlassen haben, sich als „Besondere Komitee zur Unterstützung der verfolgten russischen Juden“ zu konstituieren, sich durch Kooptation beliebig zu vergrößern und einen geschäftsführenden Ausschuss zu wählen.“ Demnachst brachte Herr Dr. F r i e d l a n d e r den Antrag ein, daß das Komitee sich in den Städten der Provinz mit geeigneten Persönlichkeiten in Verbindung setzen möge, welche dort die Sammlungen in die Hand nehmen. Endlich stellte Herr Chefredakteur B a u e r den Antrag, die hier gesammelten Gelder an das Zentral-Komitee in Berlin abzuliefern. Hierauf nahm Herr Dr. L e b i n s k i das Wort und sprach dem Komitee zunächst seine Anerkennung dafür aus, daß es auch polnische Mitbürger zu der heutigen Versammlung eingeladen habe. Die Polen sympathisiren mit allen Verfolgten und Bedrängten, weil sie selbst Druck und Verfolgung zu ertragen hätten. Wenn sie auch neuerdings wieder in der hiesigen deutschen Presse angegriffen, mit Beschuldigungen überhäuft und als eine ganz verumpte (sic) Nation dargestellt worden seien, so solle sie das nicht abhalten, zu diesem guten Werke die Hand zu bieten. Viel würden sie allerdings nicht leisten können, weil sie nach Kräften bedrückt und ausgefaugt (sic) seien, aber von dem Wenigen, was ihnen geblieben sei, würden sie gern beisteuern.

Während des letzten Theils dieser in lebhafter Erregung gesprochenen Worte waren mehrere Herren aufgestanden und hatten den Saal verlassen. Herr Bürgermeister H e r s e erbat sich das Wort und legte in würdiger und energischer Weise Protest dagegen ein, daß in diese rein humanitäre Angelegenheit von polnischer Seite politische Argumente hineingetragen würden. Seine Worte fanden seitens der Versammlung allseitigen Beifall. Demnachst schritt der Vorsitzende zur Abstimmung über die oben erwähnten Anträge, welche sämtlich zur Annahme gelangten. Ein von Herrn Hermann Meyer gestellter, die Organisation der Sammlungen betreffender Antrag wurde dem Komitee zur Ermägung und Beschlusfassung überwiesen und hierauf die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

Wir bedauern konstatiren zu müssen, daß in diese sonst von vollster Harmonie getragenen Verhandlungen von polnischer Seite ein Miston hineingebracht worden ist. Es scheint in der That, als ob es nicht mehr möglich sei, mit den Herren, welche sich hier als berufene Vertreter der polnischen Nation geriren, über irgend einen Gegenstand objektiv zu verhandeln.

r. **Der königliche Sanitätsrath Dr. Goldmann**, einer der ältesten Aerzte unserer Stadt, ist am 29. April d. J. nach langen Leiden am Herschlage gestorben. Seit dem Tode des königl. Sanitätsraths Dr. Fischer, welcher vor ca. 10 Jahren starb, war Dr. Goldmann der einzige Homöopath in unserer Stadt; doch wandte er das homöopathische Heilverfahren nicht ausschließlich, sondern außerdem, je nach Umständen, auch das allopathische und hydropathische an. Die vielfachen mit einem derartig gemischten Heilverfahren erzielten Erfolge hatten ihm eine glänzende ärztliche Praxis eingetragen, so daß er seiner Zeit einer der gefuchtesten Aerzte unserer Stadt war.

r. **Die Direktion der Märkisch-Bosener Eisenbahn**, welche seit Errichtung dieser Bahn, d. h. also seit 16 Jahren, bestan en hat, stellt in Folge der Verstaatlichung derselben, auf Grund der Bestimmungen des mit der königl. Staatsregierung unter dem 14. November v. J. abgeschlossenen Vertrages, mit dem heutigen Tage ihre Funktionen ein. Die Verwaltung und der Betrieb des gesamten Unternehmens geht von diesem Tage ab an die königl. Eisenbahndirektion in Berlin, bez. an das mit dem Tage in Guben zur Errichtung kommende königl. Eisenbahn-Betriebsamt über.

r. **Die Vegetation** ist in Folge der regnerischen Witterung und Wärme während der vergangenen Woche außerordentlich vorgeschritten. Auf der Wilhelmstraße prangen die Kastanienbäume im prachtvollsten Frühlingsgrün, und blühen auch bereits größtentheils, und ebenso stehen Apfel- und Birnbäume in voller Blüthe, nachdem Kirichen- und Pfämenbäume bereits in den ersten Wochen des Aprils geblüht hatten; auch der Flieder beginnt bereits zu blühen. Uns find heute einige vollständig entwickelte Roggenähren zugesandt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Wiesbaden, 29. April. Se. Majestät der Kaiser begab sich gestern Nachmittag nach dem Bahnhofe zum Empfange Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden und besuchte Abends mit der Frau Großherzogin das Theater. Zum Diner hatten gestern der Oberpräsident Graf zu Eulenburg, der Prinz Jsenburg-Büdingen, die Generale v. d. Rnefeld und v. Baur, Professor Benedek aus Marburg und der Direktor des Hoftheaters, Adelon, Einladungen erhalten. Heute Vormittag nahm Se. Majestät die gewohnten Vorträge entgegen. — Ihre Majestät die Kaiserin ist heute Mittag per Wagen von hier nach Mainz abgereist und wird sich von dort aus nach Baden begeben.

Wiesbaden, 29. April. Se. Majestät der Kaiser und die Großherzogin von Baden wohnten heute einer musikalischen Matinee bei dem Regierungs-Präsidenten v. Wurmb bei. — Staatssekretär Hoffmann ist aus Straßburg hier angekommen.

Wiesbaden, 30. April. Se. Majestät der Kaiser und Ihre königl. Hoheit die Großherzogin von Baden wohnten gestern der von den ersten Kreisen der hiesigen Gesellschaft veranstalteten Wohlthätigkeits-Vorstellung im Theater bei. Zum Diner hatten gestern der Oberpräsident, Graf Eulenburg, der (gestern hier in den Abelsand e hobene) Staatssekretär v. Hoffmann, Schloßhauptmann v. Heeringen aus Cassel, Oberst Bessel,

Hofrath Fresenius, Friedrich Bodenstein und der Geh. Regierungsrath Hilff Einladungen erhalten. Heute Vormittag besuchte Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin von Baden den Gottesdienst in der evangelischen Hauptkirche. Zu dem heutigen Diner haben die Prinzessin Lippe, Prinz Nikolaus zu Nassau, die Gräfin Merenberg, die Prinzessinnen von Thurn und Taxis und von Arbed, die Gräfin Elz, der Regierungspräsident von Würmb nebst Gemahlin, der Freiherr v. Dmpteda nebst Gemahlin, Fräulein v. Scherff, Prinz Sayn-Wittgenstein und Graf Zichy Einladungen erhalten. Die Abreise Sr. Majestät des Kaisers ist auf heute Abend 8 1/2 Uhr festgesetzt. Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin von Baden begleitet Sr. Majestät bis Frankfurt a. M.

Karlruhe, 29. April. Die zweite Kammer hat das Staatsgesetz nach den Anträgen der Kommission einstimmig genehmigt. Der Schluß des Landtags erfolgt voraussichtlich am nächsten Sonnabend.

Baden-Baden, 29. April. Ihre Majestät die Kaiserin ist heute Nachmittag 5 3/4 Uhr in erwünschtem Wohlsein hier eingetroffen. Dieselbe machte nach dem Diner dem Großherzog von Baden einen längeren Besuch und empfing sodann den Besuch der Herzogin von Hamilton, den sie alsbald erwiderte.

Ludwigsburg, 30. April. Die Gemahlin des Thronfolgers, des Prinzen Wilhelm von Württemberg, Prinzessin Marie, ist in Folge ihrer Entbindung heute früh 6 1/2 Uhr in Villa Marienwahl gestorben.

München, 29. April. Feldmarschall Graf Moltke ist auf der Rückreise von der Schweiz hier eingetroffen. — Der Minister des Innern, Baron v. Crailsheim, wird sich dem Vernehmen nach am Montag nach Berlin begeben.

München, 29. April. Fürst Otto von Dettingen Spielberg, Mitglied der Kammer der Reichsräthe, ist heute in Folge eines Schlaganfalles hier gestorben.

Leipzig, 29. April. Das Reichsgericht hat in der Strafsache wider die Kaufleute Rosenstock und Levin zu Berlin, welche vom Landgericht Magdeburg wegen gewerbmäßigen Glücksspiels verurtheilt waren, die Entscheidung gefällt, daß die bei Pferderennen üblichen Wetten auf Rennpferde und die Buchmacherei als Glücksspiel zu betrachten seien.

Straßburg i. E., 29. April. Die bei der Schulreform in Wirksamkeit tretende Medizinalkommission besteht der „Straßburger Post“ zufolge aus dem Ministerialrath Wasserfuhr, dem Direktor der inneren Klinik, Geheimrath Ruzmaul, dem Professor Hoppe-Seyler, dem Generalarzt Neubauer, dem Direktor der Augenheilkunde, Professor Laqueur, und dem Direktor der psychiatrischen Klinik, Professor Jolli.

Wien, 29. April. Das Abgeordnetenhaus beendete heute die Generaldebatte über die Zolltarifvorlage. Handelsminister Baron Pino führte aus, daß die Agrarzölle nicht ausschließlich im Interesse Ungarns liegen, sondern auch den Wünschen der österreichischen Landwirthe entsprechen. Derselbe zählte die Erzeugnisse in den Industriezweigen gegenüber dem Jahre 1878 auf und sprach die Ueberzeugung aus, daß, wenn der Zolltarif scheitern sollte, von den jetzt Opponenten der dringende Ruf nach Einführung der beantragten Zölle erhoben werden würde. Abg. Rieger trat als Generalredner gleichfalls für die Vorlage ein und gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch ein freundschaftliches Uebereinkommen mit Ungarn ein größerer Schutz der feineren Wollwaaren erzielt werden wird.

Wien, 29. April. Der „Polit. Korresp.“ zufolge hat der Verwaltungsrath der österreichisch-französischen Staatsbahn die vom pariser Komitee vorgelegene Kooperationskonvention ratifiziert.

Wien, 29. April. Im Ringtheater-Prozesse wurden heute Schauspieler vernommen. Schauspieler Nötel behauptete entschieden, daß Jauner ihm die Regie für die Vorstellung am 8. Dezember nicht übergeben habe. Es kam in Folge dessen zu einer lebhaften Scene zwischen dem Zeugen und dem Angeklagten Jauner. Ein Billekteur behauptete, die Noththüren seien stets angelweit offen gewesen. Der Gerichtshof lehnte die Vorladung des früheren Polizeipräsidenten Marx ab.

Prag, 29. April. Nach Meldungen des „Prager Tageblattes“ trafen gestern Abend 2 Züge Dragoner in Bruey ein und werden heute 2 weitere Züge erwartet. Die Fabrikanten fürchten für den Betrieb der Fabriken wegen Kohlenmangels. In Bruey besetzten die Dragoner sämtliche Straßen gegen Dux, um den streikenden Arbeitern die Rückkehr aus Dux unmöglich zu machen. Jäger und Gensdarmen aus Komotau besetzten die Schächte um Bruey wie „Tschausch“, „Guido“, „Triebsch“, „Julius“ und „Oberleutensdorf“. Eine Deputation sämtlicher Werkbesitzer des Teplitzer Reviers fuhr heute nach Prag zum Statthalter, um demselben die Sachlage darzustellen und energischen Schutz für Person und Eigenthum zu erbitten. Die Lokalbehörden entwickeln die lebhafteste Energie. Teplitz hat augenblicklich eine Besatzung von 10 Zügen Kavallerie und 3 1/2 Kompagnien Infanterie. Die Streikenden haben sich um Tausende feiernder Arbeiter vermehrt. Drei der Hauptagitatoren sind verhaftet worden.

Troppan, 29. April. Der heute hier eingetroffene Ministerpräsident Graf Tassie gab dem Landesausschusse und den Vertretern des Gemeinderaths und der Handelskammer die gleichlautende, bestimmte Versicherung, daß von einer Aufhebung der Landesregierung Schlesiens an maßgebender Stelle nichts bekannt sei, und daß an den bestehenden Verhältnissen angeichts der bei der letzten Kaiserreise konstatirten musterhaften Verwaltung Nichts geändert werde. Der Nachfolger des Landespräsidenten v. Summer werde in dessen Geiste wirken.

Wien, 30. April. [Offiziell.] Am 27. d. fand bei Bjolasnica Planina ein dreiviertelstündiges Gefecht gegen ungefähr 50 Insurgenten statt, welche zerstreut wurden und mehrere Leute verloren. Auch auf dem Rückmarsche über Radopolj fand ein kleinerer Zusammenstoß statt; die Truppen nahmen den Insurgenten die am 26. d. in Masowce geraubten 300 Stück Schafe und 60 Stück Rinder wieder ab und zerstreuten die Insurgenten.

Auf Maestrovac Planina und Bucemobordo sollen noch einzelne Banden von 1—200 Mann stehen, deren Aktionsraum jedoch in Folge der Besetzung der Grenze ein eingeschränkter ist. Gegen die Räuberbanden im Focabezirke und im Rarentathal werden häufig Streifzüge unternommen.

Wien, 30. April. Im Ringtheater-Prozess verlas Dr. Singer ein Schreiben Wille's, wonach der letztere bezeugen will, daß Direktor Jauner für den 8. Dezember v. J. die Regie am Nötel übertragen habe. Die vernommenen Zeugen depo- nirten nur bereits bekannte, i. J. von den Zeitungen gemeldete Details.

Wien, 30. April. Fürst Alexander von Bulgarien ist gestern Nachmittag hier eingetroffen. Derselbe gedenkt einige Tage hier zu verweilen und sich sodann zum Besuche seiner Verwandten nach Darmstadt zu begeben.

Pest, 30. April. Der „Budapester Korrespondenz“ zufolge hat der Kaiser das Entlassungsgesuch des Reichsfinanzministers Sclavy angenommen.

Prag, 30. April. Nach den hier vorliegenden Nachrichten dauert der Strike der Kohlengrubenarbeiter noch fort. Bemerkenswerthe Ereignisse sind aber nicht vorgekommen. Das energische Vorgehen der Behörden verbürgt die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. In Karbis fand eine von über tausend Arbeitern besetzte Versammlung statt, in welcher eine die Forderungen der Arbeiter umfassende Resolution angenommen wurde. Mit Stöcken bewaffnete Weiber durchziehen die Stadt und halten die Schichtlohnarbeiter von der Fortsetzung ihrer Arbeit zurück. Nur in dem Brueyer Segen-Gottes-Schächte wird noch gearbeitet. Die dortigen Arbeiter wiesen die Agitatoren entschieden zurück und arbeiten unter dem Schutze von Militär weiter. Der Ausfall, welchen die betreffenden Eisenbahnen in Folge des Strikes in ihrem Betriebe erleiden, wird auf 2000—6000 Fl. pro Tag geschätzt.

Paris, 29. April. Nach einer weiteren Depesche der „Agence Havas“ aus Olan gehören die Stämme, welche den Angriff auf die topographische Refognosirungs-Abtheilung machten, zu den nominell dem Kaiser von Marokko unterworfenen Stämmen. Wie verlautet, sei der Führer der Angreifer gefangen. Eine Kolonne ist zur Verfolgung derselben abgeandt.

Paris, 30. April. Die „Agence Havas“ meldet: Nach londoner Nachrichten haben England, Rußland und Oesterreich die französischen Vorschläge bezüglich der Donaufahrt im Prinzip angenommen, die Zustimmung der anderen Mächte scheint gesichert, nur Rumänien erhebe betreffs einzelner Details Schwierigkeiten.

London, 29. April. In Doncaster wurde heute ein junger Mann, namens Young, unter der Anschuldigung verhaftet, einen Brief an die Königin geschrieben zu haben, in welchem Drohungen gegen das Leben derselben enthalten waren. Derselbe wurde nach London gebracht und vor den Richter geführt, der das weitere Verhör auf eine Woche vertagte. In dem Briefe war angegeben, der Angekuldigte sei ein irischer katholischer Priester; er verlangte 2000 Pfd. Sterl., damit 50 Arbeiter seiner Gemeinde nach Amerika auswandern könnten, sonst würden sich dieselben verbinden, um die Königin zu tödten. Der Angekuldigte ist in Wirklichkeit ein Bureauarbeiter an der Eisenbahn bei Doncaster.

Verantwortlicher Redakteur: J. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Stettiner Waarenbericht.

Stettin, 29. April. Im Waarenhandel haben wir für die verflossene Woche über ein lebhaftes Geschäft in Peking zu berichten, auch in Schmalz, Speck und Petroleum fanden bemerkenswerthe Umsätze statt, in den übrigen Artikeln war der Verkehr ruhiger, der Abzug war befriedigend.

Fettwaaren. Baumöl war mehr gefragt, vom Transitolager gingen 118 Ztr. ab, Gallipoli 40 M., anderes italienisches Del 39 M. Malaga 38,50 M. und Corfu 37,50 M. tr. gef., Speiseöl 60—68 M. trans. nach Qualität gef., Baummollensamenöl bleibt in England steigend, hier 30,50 M. verfi. gef. Palmöl ist in Folge der kriegerischen Nachrichten aus Afrika, in England höher gegangen und ist auch hier fest im Preise, Lagos 34,75 M., old Calabar 34 M. verfi. gef., Balmernöl 28,50 M. verfi. gef., Kokosnußöl behauptet, Cochin 38 M., Seylon in Dehoben 33,50 M., in Pipen 32 M. verfi. gef., Talg fest, russisch gelb 49 M. verfi. bez., 49,50 M. gef., Seifen-fürze Lieferung 49 M. gef., Australischer 43—44 M. verfi. nach Qualität gef., Olen fest, Petersburger Newsky 37 M. verfi. gef., inländischer 30—31 M. gef., Schweinefett ist von Amerika billiger gemeldet, hier war die Frage für den Konsum ziemlich belebt und kamen mehrfache Umsätze darin vor, die Zufuhr betrug 2649 Ztr., vom Transitolager gingen 571 Ztr. ab, Wilcox 55,50 M. tr. bez., Fairbank, Giffard und andere Marken 55,50—55 M. tr. bez., Amerikanischer Speck gefragt und fester bei kleinen Vorräthen, long back 58,50 M. verzollt bez., 59 M. gef., short clear 58 M. verzollt bezahlt, Thran behauptet sich fest, Berger Leber-, brauner 62 M. bez., 63 M. gef., blauer 80 M. bez., 82 M. gef., Medizinal- 87 M. per Tonne verfi. gef., Ropenhagener Robben- 40 M. per Zentner verfi. gef., Schottischer 31—32 M. per Tonne gefordert.

Leinöl preisbehaltend, Englisches 29,50 M. verfi. bezahlt, Preussisches 29,75 M. gef. per Kasse ohne Abzug.

Alkalien. Potasche unverändert, La Casan 24 M. geford., inländische 23—26 M. nach Qualität und Stärke gefordert, Soda behauptet, calcinirte Tenantsche, 7,50 Mark trans. gef., Newcastler 6,50 bis 9 M. trans. nach Qualität und Stärke gefordert, crystallisirt 3,40 M. tr. per Brutto-Ztr. bez., 3,45 Mark gefordert.

Petroleum blieb an den auswärtigen Märkten und auch in Amerika verändert, das Geschäft ist auch hier des geringeren Konsums wegen schwächer und die Preise gaben eine Kleinigkeit nach, loco 7,30—7,20 M. tr. bez.

Der Lagerbestand betrug am 20. April d. J. 22,742 Brls. Angelommen sind von Amerika 2990 „

Verfand vom 20. bis 27. April d. J. 25,732 Brls. 2345 „

Lager am 27. April d. J. 23,377 Brls.

gegen gleichzeitig in 1881: 11,048 Brls., in 1880: 14,301 Brls., in 1879: 8846 Brls., in 1878: 4803 Brls., in 1877: 2375 Brls., in 1876: 8805 Brls. und in 1875: 5116 Brls.

Der Abzug vom 1. Januar bis 27. April d. J. betrug 61,302 Brls. gegen 54,700 Brls. in 1881, 42,322 Brls. in 1880 und 29,641 Brls. in 1879 gleichen Zeitraums.

Erwartet werden von Amerika 2 Ladungen mit 5545 Brls.

Die Lagerbestände loco und schwimmend waren in:

	1882	1881
Stettin am 27. April	28,923	13,534
Bremen „ 22. „	583,539	422,095
Hamburg „ 22. „	176,044	123,546
Antwerpen „ 22. „	294,373	150,372
Rotterdam „ 22. „	68,151	15,417
Amsterdam „ 22. „	73,065	105,136
Zusammen	1,224,095	830,100

Reis. Der Import belief sich auf 4409 Zentner. Das Geschäft behält seinen regelmäßigen Verlauf bei, vom Transito-Lager gingen 312 Ztr. ab und notiren wir unverändert: Rabang und ff. Java Tafel- 28—30 M., ff. Japan und Batna 18 bis 20,50 M., Rangoon Tafel- 14—16 M., Rangoon und Arracan, gut 12—14 M., ordinär 10,50 bis 13 M., Bruchreis 8—10 M. trans.

Kaffee. Der Import betrug 2353 Ztr., vom Transito-Lager gingen 1381 Ztr. ab. Die verflossene Woche hat für den Artikel gar keine Veränderungen geboten. Notirungen: Ceylon Plantagen 90—105 Pf., Java braun bis fein braun 100—120 Pf., gelb bis fein gelb 85—100 Pf., blaß gelb bis blaß 70—85 Pf., grün bis fein grün 70—80 Pf., fein Campinos 55—60 Pf., Rio, fein 52 bis 55 Pf., gut reell do. 46 bis 50 Pf., ordinär do. und Santos 40 bis 45 Pf. trans.

Süßfrüchte. Rosinen gefragt und steigend, zugeführt wurden uns 794 Ztr. Abzug 203 Ztr. 25 M. trans. bez., 25,50 M. gefordert, Korinthen unverändert, 22—23 M. tr. gef., Mandeln unverändert, süße Palma, Gigenti und Bari 92 Mark, süße Avola 104 Mark, Alicanti 106 M., bittere Mandeln 95 M. verfiert gefordert, frische Früchte, Apfelsinen 20—21 Mark, Zitronen 20—20,50 M. per Kiste verfi. gef.

Gewürze. Pfeffer behauptet, Singapore 77,50 Mark verfiert bezahlt, 78 M. gef., Piment rubig, 67 M. verfi. gef., Cassia lignea 69 M. verfiert gef., Vorbeerblätter, sielreie 19 M., Cassia flores 90 Pf., Macis-Blüthen 2,60 M., Macis-Rüsse 3,20—3,50 M., Canehl 2,20 bis 3,30 M., Cardamom 8—9 M., weißer Pfeffer 1,20 M., Nelken 1,35 M. Alles verfiert gef.

Zucker. Rohzucker ohne Handel, die Preise sind behauptet, raffinirte Zuckern bleiben sehr fest und die Frage danach ist lebhaft.

Syrup höher, Ropenhagener 19,50 M. transito gefordert, Eng- lischer 17 bis 19 M. trans. gef., Candis 11,50—12,50 M. gef., Stärke- Syrup 12,50 M. gef.

Leinsamen. Die Lager von russischem Sae-Leinsamen sind schon sehr klein geworden und der Abzug hat sich dementsprechend vermindert, mit den Eisenbahnen wurden vom 19. bis 26. d. 336 To. verandt. Bernauer 24—25 M. gefordert, Windauer 27 M. zu notiren. Von Rigaer trafen noch 165 To. ein, pult ist geräumt, extra pult 23,50—24 M. bez., 24,50 M. gef.

Getring. Das Geschäft hat in allen Sorten einen regeren Charakter angenommen, es kommen täglich recht befriedigende Aufkäufe für den Konsum vor und der Abzug ist in der vergangenen Woche ziemlich lebhaft gewesen. Für Schotten haben sich die Preise nicht nur behauptet, sondern sie sind zum Theil fester gegangen, Crown- und Fullbrand wurden mit 36,50—37 M. transito bezahlt und großfallender Fisch, Lermid, wurde wieder mit 40 M. transito gehandelt, Matties Crownbrand macht sich schon knapp und ist höher gehalten, bezahlt wurde 34,50—35 M. tr., 35 M. gef., Mixed Crownbrand 32—32,50 M. trans. bez. u. gef., Shlen Crownbrand 31—31,50 M. tr. bezahlt, Holländischer Voll- ist geräumt, Shlen 30 M. trans. gef., Französischer Gerig fand gute Beachtung und erfuhr einen stärkeren Abzug, so daß die Vorräthe davon schon sehr zusammen gegangen sind, die Aufkäufe waren lebhaft, Voll- wurde mit 24—26 M. tr. und Matties mit 20 bis 24 M. trans. nach Qualität gekauft. Auch nach Norwegischem Fethering, wovon wir eine Zufuhr von 680 To. hatten, zeigte sich besonders für Kaufmanns- vermehrte Nachfrage, es holte Kaufmanns- 25—27 M., groß mittel 29—30 M., reell mittel 24—27 M., mittel 16 bis 21 M., klein mittel 13—15 M. und Christiania 11—12 M. tr. Schwedischer Gerig wurde mit 14—15 M. tr. bez. Bornholmer Küsten- bering 28 M. tr. gef. Mit den Eisenbahnen wurden von allen Gat- tungen vom 19. bis 26. d. Mts. 2112 To. verandt, mithin beträgt der Total-Abzug vom 1. Januar bis 26. April 64,503 To., gegen 70,857 To. in 1881, 44,531 To. in 1880, 57,207 To. in 1879, 64,274 To. in 1878, 41,230 To. in 1877, 81,020 To. in 1876, 65,490 To. in 1875 und 51,070 Tonnen in 1874 in fast gleicher Zeit.

Sardellen unverändert, 1881er 105 M., 1876er und 1875er 165 M. per Anker gefordert.

Steinkohlen. Das Geschäft in Englischen Kohlen bleibt stille und Preise haben sich nicht verändert. Große Westhartsley 48 bis 49 M., große Schotten 42—44 M., Schmelzohlen 45—48 M., Ruß- fohlen 40—42 M., Small 28—30 M. gef., Coals, Englischer Schmelz- 40 M., Gas- und Fabrik-30 M. gef. Schlejsche und Böhmische Kohlen unverändert.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 30. April Morgens 0,66 Meter.
„ 1. Mai Morgens 0,66 „

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 29. April. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 295½, Franzosen 28½, Lombarden 122, Galizier 263½, österreichische Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe 57½, öherr. Silberrente —, Papierrente —, III. Orientanl. —, 1880er Russen 71½, Wiener Bankverein —, 1860er Loose —, Diskonto-Kommandit 214. — Sehr fest.

Wien, 28. April. (Abendbörse.) Ungarische Kreditaktien 340,00, öherr. Kreditaktien 345,00, Franzosen 329,50, Lombarden 143,50, Galizier 308,75, Anglo-Austr. —, öherr. Papierrente 76,52½, do. Goldrente 94,20, Marknoten —, Napoleons 9,54, Bankverein 120,00, Elbthal 219,50, ungar. Papierrente 87,50, 4prozent. ungar. Goldrente 89,20, 6prozentige ungarische Goldrente 119,85, Nordwestbahn 209,50. Sehr fest.

Newyork, 29. April. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 95½, Wechsel auf London 4,86½, Cable Transfers 4,90½, Wechsel auf Paris 5,16½, 3prozent. fundirte Anleihe 102½, 4prozentige fundirte Anleihe von 1877 121, Erie-Bahn 35½, Central-Pacific 116½, Newyork Centralbahn 125½, Chicago-Eisenbahn 139½.

Geld leicht, für Regierungssicherheiten 2, für andere Sicherheiten 3 Prozent.

Produkten-Kurse.

Hamburg, 29. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest, auf Termine matt. Roggen loco rubig, auf Termine matt. Weizen per April-Mai 214,00 Br., 213,00 Gd., per Juli-Aug. 206,00 Br., 205,00 Gd., Roggen per April-Mai 151,00 Br., 150,00 Gd., per Juli-Aug. 146,00 Br., 145,00 Gd. Hafer still, Gerste matt. Rübsöl fest, loco 57,00, per Mai 57,00. Spiritus unv., per April 37½ Br., per Mai-Juni 37½ Br., per Juli-August 38½ Br., per Aug.-Sept. 39½ Br. — Kaffee sehr rubig, geringer Umsatz. — Petroleum matt, Standard white loco 7,10 Br., 7,00 Gd., per April 7,00 Gd., per August-Dezember 7,60 Gd. — Wetter: Schön.

Die Beerdigung des

Sanitätsrath Dr. Goldmann

findet Dienstag Nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des St. Pauli-Kirchhofes statt.

Produkten-Börse.

Berlin, 29. April. Wind: West. Wetter: Leicht bewölkt. Trotz der vorherrschend feinen Berichte von auswärts verlief der heutige Markt für die meisten Artikel in matter Haltung.

Korn-Weizen ruhig. Im Terminverkehr griff keine wesentliche Veränderung Platz, nur April-Mai war gegenüber Realisationsangebot total vernachlässigt, so daß der Kurs dieser Sicht 1 1/2 M. niedriger offeriert schloß.

Korn-Roggen ging mäßig um; seine inländische Waare wurde mehr begehrt und etwas theurer bezahlt. Der Terminhandel nahm nach anfänglicher Festigkeit ziemlich flauen Verlauf. Die härteren Offerten von Office-Waare, die auch zu einem Abschluß von Riga führten, gaben der Plattspekulation Impuls zu lebhaften Veräufen, welche drückend auf alle Eichten wirkten, so daß schließlich ein Rückgang von reichlich 1 M. und keinerlei Erholung zu notiren war.

Korn-Hafer behauptet. Termine matter. Roggenmehl billiger. Mais in loco still. Termine preisbehaltend, Herbst leicht. Rüböl hatte schwachen Handel zu kaum behaupteten Preisen. Petroleum matter.

Spiritus fand in effektiver Waare zu erhöhter Notiz Unterkommen bei Fabrikanten. Termine erfreuten sich ziemlich lebhafter Nachfrage und entsprechender Umsätze zu etwas höheren Preisen, schlossen aber abgeschwächt. Das Lager wird auf etwa 7 Millionen Liter angegeben.

Weizen per 1000 Kilo loco 202-235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anm. — bezahlt, besserer Polnischer — Markt, ab Bahn, per April — Markt bezahlt, per April-Mai 231-230 1/2 bez., per Mai-Juni 222-221 1/2 bezahlt, per Juni-Juli 220-220 bezahlt, per Juli-August 213-213 bez., per September-Oktober

208 1/2 M. bezahlt. — Gefündigt 2000 Zentner. Regulierungspreis 230 1/2 M. — Roggen per 1000 Kilo loco 152 bis 167 Markt nach Qualität gefordert, inländischer 158-165 Markt ab Bahn bezahlt, hochfeiner do. — R. a. Bahn bez., def. polnischer — Markt ab Bahn bezahlt, def. russischer Markt — ab B. bezahlt, russischer, polnischer u. galizischer 152-157 Markt ab Bahn bezahlt, per April 157 1/2-158 1/2 bezahlt, per April-Mai 157 1/2-158 1/2 bez., per Mai-Juni 155 1/2-156 1/2 bez., per Juni-Juli 155 1/2-156 1/2 bez., per Juli-Aug. 151 1/2-152 1/2 bez., per Sept.-Oktober 151 1/2-152 1/2 bez., — Gefündigt 2000 Zentner. Regulierungspreis 157 1/2 M. — Gerste per 1000 Kilo loco 125-200 Markt nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 125 bis 170 Markt nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 127 bis 148 bezahlt, oft- und weissenrüsscher 140 bis 150 bezahlt, sommerscher und Udermärer 130 bis 147 bezahlt, schlesischer 145 bis 159 bezahlt, f. do. 160-162 bezahlt, böhmischer 145-159 bezahlt, f. do. 160-162 M. bezahlt, fein weiß medienburgischer — ab Bahn bez., per April 134-133 1/2 bez., per April-Mai 134-133 1/2 bez., per Mai-Juni 134-133 1/2 M. bezahlt, per Juni-Juli 135 M. bezahlt, per Juli-August 136 1/2-135 1/2 bez., — Gefündigt 16,000 Zentner. Regulierungspreis 134 M. — Erbsen per 1000 Kilo loco 150 bis 200 Markt. Futterwaare 142 bis 158 Markt. — Mais per 1000 Kilo loco 148-156 nach Qualität gefordert, per April — M., per April-Mai 143 bezahlt, per Mai-Juni 142 1/2 bezahlt, per Juni-Juli 141 M., per September-Oktober 140 bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — Markt. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 32,00 bis 30,50 Markt, 0: 29,50 bis 28,50 M., 0/1: 28,50 bis 27,50 Markt. — Roggenmehl inf. Sad 0: 23,75 bis 22,75 Markt, 0/1: 22,23-21,25 Markt, per April 22,45-22,35

bezahlt, per April-Mai 22,25 — 22,05 Markt bezahlt, per Mai-Juni 22,00-21,80 M. bez., per Juni-Juli 21,80-21,60 bez., per Juli-August 21,60-21,45 M. bez., per Sept.-Oktober 21,40-21,25 M. bezahlt. — Gefündigt 3500 Zentner. Regulierungspreis 22,40 Markt. — Deliaat per 1000 Kilo — M., Winterraps — M., Winterrüben — Markt. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Fass 55,7 M., loco mit Fass 56,0 M. bez., per April 56,2 M. bez., per April-Mai 56,2 bez., per Mai-Juni 56,0 bez., per Juni-Juli — bezahlt, August-September — M. bezahlt, September-Oktober 55,4 bezahlt, Okt.-Nov. 55,5-55,4 bez. Gefündigt 2300 Ztr. Regulierungspreis 56,1 Markt. — Leinöl per 100 Kilo loco — M. — Petro-leum per 100 Kilo loco 23,4 Markt, per April 22,7 bezahlt, per April-Mai 22,7 bezahlt, per Mai-Juni — bezahlt, per September-Oktober 23,6-23,5 bez. Gefündigt — Zent. — Regulierungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 45,8 Markt bezahlt, mit Fass — bezahlt, per April 47,0-47,2 Markt bez., per April-Mai 47,0-47,2 M. bez., per Mai — M. bez., per Mai-Juni 47,0-47,2 M. bezahlt, per Juni — bez., per Juni-Juli 47,8-47,9 bezahlt, Juli-August 48,7-48,9 bez., Aug.-Sept. 49,3-49,7-49,5 bez., Sep.-Okt. 49,4-49,6-49,5 bez. — Gefündigt 60,000 Liter. Regulierungspreis 47,1 Markt. (B. B. 3.)

Bromberg, 29. April. (Bericht der Handelskammer.)

Weizen unverändert, hochbunt und glatt 215-222 M., hellbunt 200-212 Markt. — Roggen ruhig, loco inländischer 153 bis 155 Markt. — Gerste, feine Brauwaare 145-155, große und kleine Mälzergerste 140-145 Markt. — Hafer loco 138-148 M. — Erbsen loco 160-180 M., Futterwaare 140-150 M. — Mais, Rüböl, Raps ohne Handel. — Spiritus pro 100 Liter à 100 Prozent 42,50-43,00 M. — Rubelkurs 205 Markt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 29. April 1882.

Preussische Staats- und Komm. Anleihe.

Preuss. Conf. Anl. 104,70 B

do. neue 1876 101,60 B

Staats-Anleihe 100,50 B

Staats-Schuld. 99,00 B

Do. Deich. Obl. 102,70 B

Do. Stadt-Obl. 95,70 G

Schuld. d. d. Rm. 108,25 B

Landbriefe: 104,50 G

do. Central 101,25 B

do. u. Reumarkt 95,00 B

do. neue 91,20 B

do. neue 101,00 B

do. neue 91,20 G

do. neue 100,30 B

do. 91,40 B

do. 100,70 B

do. 100,60 B

do. 103,75 B

do. 100,30 B

do. 103,75 B

do. 103,75 B

do. 100,40 B

do. 91,25 B

do. 100,75 B

do. 102,75 B

do. 93,30 G

do. 100,70 B

do. 100,50 G

do. 100,50 G

do. 100,50 G

do. 100,50 G

do. 100,60 G

do. 100,60 G

do. 16,22 B

do. 500 Gr. 13,95 B

do. 20,42 B

do. 81,10 B

do. 170,15 B

do. 206,30 B

do. 101,30 B

do. 144,00 B

do. 310,00 B

do. 133,00 B

do. 212,00 G

do. 134,70 B

do. 95,75 B

do. 101,00 G

do. 128,75 B

do. 126,00 G

do. 121,25 B

do. 118,20 B

do. 187,70 B

do. 183,50 B

do. 94,25 G

do. 27,20 B

do. 118,70 B

do. 150,00 B

do. 108,90 B

do. 96,10 B

do. 103,50 B

do. 102,20 B

do. 100,50 B

do. 110,50 B

do. 102,50 B

do. 99,75 B

do. 100,25 B

do. 110,50 G

do. 104,50 B

do. 103,10 B

do. 99,10 B

do. 102,80 B

do. 100,00 G

do. 102,40 G

do. 106,60 B

do. 100,50 B

do. 102,50 B

do. 110,40 G

do. 101,80 B

do. 95,40 B

do. 225,60 B

do. 90,40 B

do. 49,60 B

do. 74,10 B

do. 82,00 B

do. 84,25 B

do. 84,50 G

do. 85,90 B

do. 85,90 B

do. 76,10 B

do. 88,80 B

do. 71,20 B

do. 140,40 B

do. 136,50 B

do. 59,00 B

do. 81,50 B

do. 81,70 B

do. 63,60 B

do. 54,90 B

do. 13,60 B

do. 169,5

do. 168,2

do. 20,4

do. 20,2

do. 81,1

do. 80,9

do. 80,5

do. 170,00

do. 169,00

do. 205,40

do. 204,15

do. 206,20

do. 169,5

do. 168,2

do. 20,4

do. 20,2

do. 81,1

do. 80,9

do. 80,5

do. 170,00

do. 169,00

do. 205,40

do. 204,15

do. 206,20

do. 169,5

do. 168,2

do. 20,4

do. 20,2

eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Rußland beigetragen. Daß ein solcher das bereichende Zeichen für die Friedenssichtungen wäre, wird gewiß von allen Seiten zugegeben werden müssen. Aber man erwartet auch mit Recht ganz besondere Vortheile für unsere wirtschaftliche Entwicklung, wenn ein derartiger Vertrag in Kraft treten würde. Die Börse eröffnete bereits in sehr fester Stimmung und es gewann im weiteren Verlauf anfänglich auch die Festigkeit noch an innerer Stärke, später jedoch riefen die schnell in die Höhe gegangenen Kurse Realisationen hervor, die der Andauer der Haufe einigen Abbruch thaten. Neben den internationalen Spekulationspapieren, von denen Realisationen eine ganz erhebliche Kursrückbildung erlitten, wurden die Aktien der Deutschen Bank sehr lebhaft gehandelt und überflügelt

Bank- u. Kredit-Aktien.

Deutsche Bank 117,00 G

do. 38,25 B

do. 74,75 B

do. 110,40 B

do. 200,00 B

do. 90,25 G

do. 87,00 B

do. 95,40 G

do. 110,10 G

do. 164,00 B

do. 108,60 G

do. 100,25 B

do. 121,00 B

do. 157,30 B

do. 129,50 B

do. 87,50 B

do. 149,00 B

do. 214,00 B

do. 97,50 B

do. 91,50 G

do. 111,75 B

do. 88,00 B

do. 93,50 G

do. 158,50 B

do. 112,50 G

do. 115,75 B

do. 93,25 G

do. 92,75 B

do. 91,75 B

do. 92,60 B

do. 170,75 B

do. 45,50 B

do. 98,00 B

do. 75,00 G

do. 122,00 G

do. 61,75 B

do. 111,75 B

do. 121,75 B

do. 80,25 B

do. 76,25 B

do. 123,00 G

do. 87,25 B

do. 109,00 G

do. 129,60 G

do. 200,00 G

do. 60,50 B

do. 59,00 B

do. 12,00 G

do. 11,00 B

do. 30,00 B

do. 81,50 B

do. 125,50 B

do. 87,00 B

do. 80,50 B

do. 82,25 G

do. 84,25 G

do. 26,25 G

do. 114,00 B

do. 35,50 G

do. 60,00 B

do. 47,50 B

do. 88,50 G

do. 82,00 B

do. 91,10 G

in dieser Beziehung heute die Disconto-Kommanditanteile, die sonst auf diesem Gebiete das Favoritpapier bilden. Ferner waren Marienburger sehr beliebt und höher. Mäurer zogen ebenfalls etwas an. Vernachlässigt blieben Industriepapiere und die Anlagewerthe. Per 1. Mai notiren: Franzosen 565,50-563,50, Lombarden 246,50-245,50-246, Kredit-Aktien 594-595-592-593-592,50, Wiener Bankverein 205,50 bis 207, Darmstädter Bank 164,70-164,50-164,75, Disconto-Kommandit-Anteile 215,10-214,75-215,70-215,25, Deutsche Bank 157,40 bis 157,25-157,75, Dortmunder Union 94,50-94,25, Laurahütte 114,40 bis 114,10. Der Schluß war fest. Feinste hiesige Disconten waren heute mit Leichtigkeit zu 3 1/2 bis 3 3/4 Prozent zu placiren.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Deutsche Bank 117,00 G

do. 38,25 B

do. 74,75 B

do. 110,40 B

do. 200,00 B

do. 90,25 G

do. 87,00 B

do. 95,40 G

do. 110,10 G

do. 164,00 B

do. 108,60 G

do. 100,25 B

do. 121,00 B

do. 157,30 B

do. 129,50 B

do. 87,50 B

do. 149,00 B

do. 214,00 B

do. 97,50 B

do. 91,50 G

do. 111,75 B

do. 88,00 B

do. 93,50 G

do. 158,50 B

do. 112,50 G

do. 115,75 B

do. 93,25 G